

## Ausbildung

### Ivanka Trump plant Deutschland-Besuch

Ivanka Trump könnte bald in offizieller Mission nach Deutschland kommen. Beim Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel vergangene Woche in Washington luden die mitgereisten Wirtschaftsvertreter die Tochter des US-Präsidenten ein, sich in der Bundesrepublik berufliche Ausbildungszentren anzuse-



Merkel, Ivanka Trump

hen. Merkel unterstützte das Angebot. Die beiden Frauen hatten angeregt miteinander geplaudert, als Vertreter der

deutschen Industrie bei der Washington-Visite der Kanzlerin das System der dualen Berufsausbildung vorstellten. Zudem ist Ivanka Trump im Regierungsteam ihres Vaters an den Vorbereitungen für den G-20-Gipfel im Juli in Hamburg beteiligt. Bei dem Treffen der 20 wichtigsten Wirtschaftsnationen der Welt soll es auch um Bildungsfragen sowie um die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit gehen. msa, ran

## AfD

### Hilfe aus der Schweiz

Ein Rhetorikseminar in Nürnberg offenbart die Nähe zwischen deutschen und schweizerischen Rechtspopulisten.

Im November ließen sich etliche AfD-Funktionäre vom Politiker Alexander Segert im Umgang mit Öffentlichkeit und Presse schulen. Segert ist Funktionär der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Mit seiner Werbeagentur Goal AG hat er diverse Aktionen für die rechte SVP entworfen, darunter die umstrittene Schwarze-Schafe-Kampagne zur „Ausschaffung krimineller Ausländer“. An dem mehrtägigen Seminar in Nürnberg nahm unter anderem das bayerische Landesvorstandsmitglied Katrin Ebner-Steiner teil. Segert war schon öfter im AfD-Umfeld aktiv.

Seine Goal AG arbeitete zuletzt für den „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“. Der Klub unterstützt die AfD in Wahlkämpfen etwa mit Plakaten. nsc, sve

## SPD

### Auch Genosse der Bosse?

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz will dem Eindruck entgegenreten, sich nur um die Interessen von Arbeitnehmern und Gewerkschaften zu kümmern. Um seine Wirtschaftskompetenz zu verbessern, plant Schulz in den kommenden Wochen mehrere Treffen mit entsprechenden Spitzenvertretern. Unter anderem sind persönliche Termine mit dem Präsidenten

des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Dieter Kempf, und dem Chef des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Hans Peter Wollseifer, vereinbart. Außerdem will Schulz vor Unternehmern Reden halten – auch bei einem Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion Ende Mai und beim Tag der Deutschen Industrie im Juni. Dort wird er neben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) der Hauptredner sein. Wirtschaftsnahe Sozialdemokra-

ten hatten zuletzt auf das Willy-Brandt-Haus eingewirkt, gezielter den Kontakt zu Unternehmern und Managern zu suchen. Kanzler könne Schulz nur werden, wenn er mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern klarkomme, hieß es in der Partei. In Wirtschaftsverbänden war negativ aufgefallen, dass keiner ihrer Vertreter beim Sonderparteitag der SPD vergangenen Sonntag begrüßt wurde, während es zur Verbrüderung mit Gewerkschaftsvertretern gekommen sei. böI, kn

## Oktoberfest

### „Bier im Aldi-Zelt“

**Mark-E. Orth**, 42, Anwalt für Kartellrecht in München, über die Pläne des Zweiten Bürgermeisters der Stadt, Josef Schmidt (CSU), eine Bierpreisbremse für das Oktoberfest einzuführen

**SPIEGEL:** Der Preis für die Maß Bier auf dem Oktoberfest hat sich in den vergangenen 15 Jahren fast verdoppelt und lag vergangenes Jahr im Schnitt bei 10,55 Euro. Wann ist ein hoher Preis zu hoch?

**Orth:** Auf dem Oktoberfest verfügen die Wirte über ein Biermonopol, das ihnen die Stadt verleiht. Sagen wir so: Ein Aldi-Zelt würde die Konkurrenz effektiv beleben und die Preise drücken, aber eine Bierpreisbremse nützt den Wirten mehr als den Besuchern.

**SPIEGEL:** Wie das?

**Orth:** Die aktuellen Pläne des Wiesn-Chefs sehen vor, den Bierpreis bei 10,70 Euro zu deckeln. Ich schätze, dass künftig alle Wirte den Höchstpreis verlangen, der damit zum Fixpreis wird. Der ohnehin schwache Wettbewerb auf der Wiesn stirbt

ganz ab, ein Wirt hat schon angekündigt, künftig auf Tischdecken verzichten zu wollen. Wir hätten eine Situation, die gegen Kartellrecht verstößt.

**SPIEGEL:** Aber die Bayerische Landeskartellbehörde hat keine Bedenken gegen eine Bierpreisbremse.

**Orth:** Wie die Behörde das ohne eine offizielle Beschlussvorlage festgestellt haben will, ist mir schleierhaft. Die Stadt verlangt mehr Geld von den Wirten, weil die Kosten für die Sicherheit gestiegen sind. Damit die ihre Mehrausgaben nicht an die Bürger weiterleiten, soll die Bierpreisbremse helfen. Aber das ist pervers und aus marktwirtschaftlicher Sicht nicht vertretbar.

**SPIEGEL:** Aus der Sicht eines Bürgers ohne dicken Geldbeutel schon.

**Orth:** Es ist eine populistische Idee, welche die Nebenwirkungen nicht bedenkt. Wer den Akteuren den Anreiz zu mehr Leistung für weniger Geld nimmt, weil er auch noch den letzten Restwettbewerb beseitigt, der schadet vor allem dem Verbraucher. Die Lösung ist nicht weniger Wettbewerb, sondern mehr. aki



Kellnerin auf dem Oktoberfest